



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

P/VIII/131 - 9.6.53

Hinweise
auf den Inhalt:

Polemik um Potsdam	S. 1
Frankreich und der Sultan von Marokko	S. 2
Streik-Ende in Bremen	S. 3
Späte Erkenntnisse des Herrn von Meerkatz	S. 5
Lore Agnes gestorben	S. 6

Bewußte Irreführung

(sp) Die Bemerkung, die der Vorsitzende der SPD auf der letzten Pressekonferenz in Bonn über das Potsdamer Abkommen gemacht hat, haben das Sprachrohr der CDU-CSU zu einem heftigen Angriff veranlaßt.

Ollenhauer hatte die Regierungsinterpretation als falsch zurückgewiesen, daß eine Viererkonferenz die Neubelebung des Potsdamer Abkommens und eine Rückkehr zu seiner Praxis bedeuten würde, wenn man das Abkommen - die einzig noch bestehende vertragsmäßige Klammer der vier Beteiligten untereinander - als formalen Ausgangspunkt für das Zustandekommen eines Gespräches benutzen würde. Er hatte gleichzeitig darauf hingewiesen, daß keine der vier Besatzungsmächte heute noch ernsthaft an die Möglichkeit denke, die Zustände aus der Zeit nach 1945 wiederherzustellen.

Als Gegenbeweis führt die Stimme der CDU-CSU ein Kommentar eines SED-Rundfunksprechers an, der einige Stellen des Abkommens über die Oder-Neiße-Linie zitiert und daraus seine Schlüsse zieht.

Daß solche Töne von dieser Stelle kommen, nimmt nicht wunder: Käme es wirklich einmal zu einem Ausgleich zwischen dem Osten und dem Westen und zu einer Wiedervereinigung Deutschlands, so würde in jedem Falle die große Zeit dieser Pankower Prominenz endgültig vorbei sein. Aus solcher beschwörenden Borufung spricht nur die Angst vor einem Ausgleich auf höchster Ebene und der sehnliche Wunsch, ihm entgegenzuwirken.

Mit Behagen nimmt der DUD dann den Anbiederungsversuch eines sedistischen Kommentators an die SPD auf und sagt dazu: "Ollenhauer, Reimann und Wirth Arm in Arm - gewiß es würde anders aussehen in Deutschland! Aber fragt nur nicht, wie!" Die Zusammenstellung dieser Namen mit unverkennbar verdächtigender Absicht ist eine bewußte Verleumdung. Denn auch diese Stelle weiß ganz genau um den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der SPD und allen politischen Satellitenscheinungen des Kommunismus in Deutschland. Der Versuch, den Eindruck zu erwecken, als bahne sich hier etwas wie eine Volksfront an, ist eine bewußte Irreführung, ebenso wie das Bemühen, die Erwähnung des Potsdamer Abkommens mit einer angeblichen sozialdemokratischen Absicht zu verbinden, in der Sache den Russen Konzessionen zu machen.

+ + +

Die Mobilisierung der Paschas und Kadis

G.S. - Paris, Anfang Juni

Selbst die hohen Beamten des Quai d'Orsay, des französischen Außenministeriums, waren überrascht, als der französische Generalresident in Marokko, General Guillaume, sich kürzlich mit einem Schriftstück präsentierte, das, von 250 Paschas und Kadis unterzeichnet, in großen Tönen proklamierte, daß die "marokkanische Bevölkerung" nichts mehr vom Sultan von Marokko wissen wolle. Nur Einfältige können annehmen, daß diese "unabhängige französische Initiative", wie einige naive oder allzu kluge Journalisten schrieben, nicht vom französischen Generalresidenten inspiriert worden sei.

Die französische Generalresidenz in Marokko bereitet geduldig und hartnäckig eine Situation vor, die es endlich gestatten soll, den Sultan von Marokko abzusetzen. Der Sultan, der alles andere als ein "Revolutionär" ist, weiß, daß er sein Land nicht ohne Unterstützung der großen Masse des Volkes regieren kann, die die Unabhängigkeit des Landes wünscht. Dieser Unabhängigkeitswille wird, unklar zwar, mitunter in "arabischer" Weise verbrämt, von der Partei des "Istiklal" zum Ausdruck gebracht, die, wie französische Kenner Marokkos versichern, eine wirkliche Volkspartei ist.

Um ihr dieses Prestige zu nehmen, wurde in Paris das Gerücht lanciert, daß der Istiklal "kommunistisch" sei... Ebenso wenig wie der Neo-Destur in Tunesien, hat der Istiklal je mit der Kommunistischen Partei zusammengearbeitet, die übrigens in Marokko kaum über ernsthaften Einfluß verfügt. Es handelt sich um ein groß angelegtes Komplott der französischen Generalresidenz, um mit der Absetzung des Sultans der marokkanischen Unabhängigkeitsbewegung den Todesstoß zu versetzen, nachdem in Tunesien alle Führer der tunesischen Neo-Desturbewegung in den Süden deportiert oder ins Gefängnis geworfen wurden.

Kürzlich noch organisierte der frühere Generalresident, Marschall Juin, in Marokko ein Treffen der Berberreiter, bei dem provokatorische Reden gegen den Sultan gehalten wurden, den man hier spöttisch den "aufgeklärten Monarchen" nennt, eine Bezeichnung, die er übrigens wirklich verdient. Vom Sultan von Marokko will die französische Politik nichts wissen: Hingegen stützt sie sich auf einen Mann, der beim marokkanischen Volk verhaßt ist: Auf den Pascha Glawi, der sich in Marokko durch die unmenschliche Ausbeutung der Fellahs einen traurigen Ruf erworben hat. Pascha Glawi verfolgt das Ziel, durch Frankreichs Gnaden

die Nachfolge des Sultans von Marokko anzutreten. Und General Guillaume und Marschall Juin sind entschlossen, diesen Wunsch unter allen Umständen zu erfüllen.

Man würde irren, nähme man an, daß der Protest gegen die französische Politik in Marokko ausschließlich von linker Seite kommt. Als Robert Schuman noch Außenminister war, versuchte er - schüchtern - gegen die völlig autonome Politik der Generalresidenz in Marokko zu protestieren. Aber mächtigere Persönlichkeiten als er selbst verschlossen ihm den Mund. Als er den Quai d'Orsay verließ, enthüllte er in der Zeitschrift "La Nef" die Methoden, mit denen die "Bürokratie" in Marokko, wie er sich ausdrückte, den Willen der Pariser Behörden negierte. Gleichzeitig prangerte der bekannte konservativ-katholische Schriftsteller Mauriac, der nichts von einem "Radikalen" hat, die französischen Unterdrückungsmethoden in Marokko an. Kurze Zeit darauf erhielt er Drohbriefe von französischen Siedlern aus Marokko, die so eindeutig gehalten waren, daß Mauriac erklären mußte, er schäme sich seiner Landsleute...

Was heute in Marokko vor sich geht, ist also nicht eine Angelegenheit der "Linken" oder nur der Gegner jeder Kolonialpolitik, sondern all derer, die der Auffassung sind, daß man einer legitimen Unabhängigkeitsbewegung nicht mit den Mitteln der Verleumdung und der Gewalt begegnen kann.

+ + +

Weder Sieg noch Niederlage

Der Bremer Streik - eine Lehre für die westdeutschen Unternehmer

R.D. Nach fast sieben Wochen Kampf ist der Streik in Bremen nun beendet worden. Die Werftarbeiter hatten acht Pfennige Lohnerhöhung gefordert, fünf Pfennige auf den Ecklohn sind ihnen bewilligt worden. Sie haben damit keinen Sieg errungen, aber auch keine Niederlage erlitten. Die größere Bedeutung des Streikes liegt auf einem anderen Gebiet. In Bremen ist eine für die gesamte Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik wichtige Entscheidung gefallen.

Vom Anbeginn des Streikes an haben alle westdeutschen Unternehmerorganisationen die Bremer Werftunternehmer unterstützt. Die Bundesminister Erhard und Seeböhm haben mit Reden in diesen Streik eingegriffen, denn hier fiel die Entscheidung darüber, ob die Lohnbewegung in der Bundesrepublik zum Abschluß gekommen sein sollte oder ob es den

Gewerkschaften gelingen würde, die noch immer bestehende Diskrepanz zwischen Lohn- und Preisniveau auszugleichen. Diesen Kampf haben die Unternehmer verloren. Denn bei der Schlußabstimmung über die Annahme der Lohnerhöhung um fünf Pfennige - haben sich 60 Prozent der Streikenden für die Fortsetzung des Streikes entschieden. Damit waren zwar die 75 Prozent, die statuarisch notwendig sind, um den Streik von Gewerkschaftsseite fortzusetzen, nicht erfüllt, es war aber auch zugleich gezeigt, daß die Kampfkraft der Arbeiter nach diesem langen Streik noch lange nicht gebrochen war. Um diese Kraftprobe aber ging es bei dem Streik, und sie ist gegen die Unternehmer und gegen die Bundeswirtschaftspolitik ausgefallen.

Es hat weder den Kommunisten etwas genützt, daß sie alle Aktivität aufwandten, um diesen Streik der Werftarbeiter in ihre Hand zu bekommen, obgleich sie bekanntermaßen in den Werft- und Hafenbetrieben ihre Domäne haben. Es hat aber auch den Unternehmern nichts genützt, daß sie diese Aktivität der Kommunisten gegen die Gewerkschaften zu verwenden suchten, um die Streikenden und die Gewerkschaften auseinander zu brechen, indem sie ihnen politische Absichten zugunsten Moskaus unterschoben. Der Motor der Streikbewegung waren allein die unzureichenden Löhne und die Lebenshaltungskosten. Das war in keinem Augenblick des Streiks zu verwischen.

Die Klage der Unternehmer und der darin enthaltene Vorwurf an die Streikenden und die Gewerkschaften, daß während des Streiks Aufträge in andere Orte und insbesondere ins Ausland abgewandert seien, fällt allein auf die Unternehmer, auf ihre Halsstarrigkeit und auf jene zurück, die zur Unterstützung ihrer Unternehmerprofit-Wirtschaft in der Bundesrepublik die Aufrechterhaltung eines niedrigen Lebensstandards aus niedrigen Löhnen brauchen. Die Bremer Arbeiterschaft hat zwar keinen vollen Sieg errungen, aber eine Schlacht gewonnen, für die ihr die ganze deutsche Arbeitnehmerschaft zu danken hat, denn sie hat gezeigt, daß die Besserung der Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmer nicht nur notwendig, sondern möglich ist, wenn man nur die Kraft aufbringt, einen solchen Kampf bis zum Ende durchzustehen.

+ + +

Angst vor der deutschen Einheit ?

(sp) Nachdem der Parteivorsitzende der DP, Hellwege, im Bemühen, dem rechtsradikalen Galopp seiner schwarz-weiß-roten und braunen Parteifreunde zu folgen, sich kürzlich erfolglos um neue, demagogische Akzente bemüht hatte, überraschte am Montag der Fraktionsvorsitzende der DP, Herr von Meer Katz, durch die Einsicht in sozialdemokratische Auffassungen. Leider zu spät, denn von Meer Katz und seine Parteifreunde haben dem längst zugestimmt, was er am Montag widerrufen haben wollte, nämlich das zwischen den westdeutsch-alliierten Verträgen von Bonn und dem EVG-Vertrag bestehende Junctim.

Mehr als ein Jahr haben die Koalitionsparteien dieses Junctim verteidigt und es als große Leistung ihres Chefs gepriesen. Im Bundestag haben sie sich gerade zu der die Verewigung des Besatzungsregimes kennzeichnenden Koppelung der Verträge bekannt und jetzt möchten sie sich von der damit verbundenen Verantwortung frei machen. Das wird ihnen nicht gelingen, solange nicht alle Koalitionsparteien sich klar und eindeutig ganz von den Verträgen lossagen und bereit sind, wie es die SPD gefordert hat, in neuen Verhandlungen neue Lösungen zu suchen, die an die Stelle der bisherigen Preisgabe deutscher Lebensinteressen treten.

Leider, und darin kommt die ganze Skrupellosigkeit der DP-Politik zum Ausdruck, wollte Herr von Meer Katz nicht eine solche Bereitschaft erklären, sondern nur ein kleines Manöver versuchen, um die deutsche Öffentlichkeit über die unrühmliche Rolle der DP zu täuschen. Nur auf einen solchen Versuch läuft es hinaus, wenn die DP zwar die Aufhebung des Junctim fordert, gleichzeitig aber - wider besseres Wissen - erklärt, dafür seien keine Änderungen der Vertragstexte notwendig. Es sollte sich nach mehr als einem Jahr auch bis zu den Koalitionsabgeordneten, die Gesetze, denen sie zustimmen, nicht zu lösen pflegen, herumgesprochen haben, daß das Junctim im Text der Verträge verankert ist. Das gleiche gilt von der Besiegelung der Teilung Deutschlands, der Verlängerung des Besatzungsregimes für Westdeutschland um 50 Jahre, von dem Verzicht auf Sicherheit und allen anderen unannehmbaren Punkten, für deren Verwirklichung sich von Meer Katz am Montag erneut ausgesprochen, indem er erklärte, der einzige Weg, um "die Krise der europäischen Integration" (d.h.: der Verträge) zu überwinden, liege in dem noch stärkeren Festhalten an den Verträgen, womit von Meer Katz seine Forderung nach Auflösung des Junctims vollends ad absurdum führte.

Vor der deutschen Öffentlichkeit bleibt also festzustellen, daß auf Seiten der Koalitionsparteien zu den bisherigen Unwahrheiten bei der Auslegung der Verträge jetzt unaufrichtige Erklärungen über den Willen zu einer Revision der Verträge hinzukommen. Wir stehen nicht an zu erklären, daß wir es selbst bei der gegenwärtigen Koalition für eine erbärmliche Sache halten, wenn nun nicht einmal mehr der Mut besteht, für die eigene Politik und deren verhängnisvolle Auswirkungen auf die Bundesrepublik und Gesamtdeutschland die volle Verantwortung zu übernehmen.

Im Generalvertrag behalten sich die Westalliierten ausdrücklich das Recht zur Entscheidung in Fragen der deutschen Einheit vor; sie nehmen der Bundesrepublik die Möglichkeit, in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes wirksam initiativ zu werden. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit ist für die Westalliierten eine Angelegenheit der Funktion ihrer Beziehungen zur Sowjetunion. Das Inkrafttreten des Generalvertrages, wie es von Meerkatz forderte, bedeutet in der jetzigen ungeklärten Lage doch nichts anderes, als daß bei einer kommenden Viererkonferenz die deutsche Wiedervereinigung ganz in das Ermessen der Westmächte gestellt wird. Von einer aktiven, im Sinne unserer höchsten Ziele wirkenden deutschen Einflußnahme kann dann keine Rede mehr sein. Ist die Furcht vor einer deutschen Einheit in Freiheit schon so groß, daß man auch ein von Meerkatz alle Hemmungen fallen läßt?

+ + +

Lore Agnes gestorben

(sp) Dienstag früh starb in einem Kölner Krankenhaus die bekannte sozialdemokratische ehemalige Reichstagsabgeordnete Lore Agnes, drei Tage nach ihrem 77. Geburtstag. Seit frühester Jugend gehörte sie der Sozialdemokratischen Partei an und war besonders eng mit der Düsseldorfer Arbeiterbewegung verbunden, die sie von 1920 bis 1933 im Reichstag vertrat. Eng befreundet mit Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Luise Zietz, gehörte sie nach 1917 der USP an, für die sie 1919 als Abgeordnete in die Nationalversammlung und später in den Reichstag ging. Nach der Wiedervereinigung wurde sie als Mitglied der Kontrollkommission in den Vorstand der SPD gewählt. Trotz ihres hohen Alters war sie noch unermüdlich als Funktionärin tätig und hatte auch noch die Freude, an den ersten beiden Tagen der sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Köln teilnehmen zu können. Am Abend des 2. Konferenztages bekam sie in ihrem Quartier einen Gehirnschlag.

Die SPD betrauert in Lore Agnes eine Vertreterin jener Pioniergeneration, die die Grundlage zur heutigen Stärke der Sozialistischen Arbeiterbewegung gelegt hat.

Verantwortlich: Peter Rauanu